



Änderungsantrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

Europaweiter Ausstieg aus der Atomenergie

Drucksache 18/ 3075

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landes- und Bundesregierung, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass

- der EURATOM-Vertrag in einem ersten Schritt dahingehend geändert wird, dass Art. 1 um die Verpflichtung zum Atomausstieg ergänzt wird und umgehend Strategien für den europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie entwickelt werden,
- die Mittel für das EURATOM-Rahmenprogramm und die Mittel der EU für Forschung und Entwicklung im Bereich der Kerntechnik für eine Förderung der Forschung zur Umsetzung europaweiter Ausstiegsszenarien aus der Atomenergie eingesetzt werden.

Begründung:

Spätestens seit der Katastrophe in Fukushima sind die Gefährdungen, die von der Nutzung der Kernenergie ausgehen, allen bewusst. Die Bundesrepublik Deutschland hat mit dem Beschluss über den Ausstieg aus der Kernkraft die Energiewende eingeleitet. Schleswig-Holstein ist Vorreiter beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und damit der Umsetzung der Energiewende. Deshalb sollte sich das Land auch dafür einsetzen, dass langfristig europaweit ein Ausstieg aus der Kernkraft erreicht wird.

Olaf Schulze
und Fraktion

Bernd Voß
und Fraktion

Flemming Meyer
und die Abgeordneten des SSW